# Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern : Bericht des Regierungspräsidenten

Autor(en): **Bodenheimer, C.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Staatsverwaltungsbericht vom Jahr ... / Kanton Bern**

Band (Jahr): **- (1874)**

PDF erstellt am: **27.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-416179

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

**Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

**http://www.e-periodica.ch**

# Bericht

über die

# Staatsverwaltung des Kantons Bern

im

# Jahre 1874.

## Bericht des Regierungspräsidenten.

### Volksentscheide.

Am 18. Januar wurde das Gesetz über die Organisation des Kirchenwesens bei sehr bedeutender Betheiligung mit 69,478 gegen 17,133 Stimmen angenommen. Ueber die geschichtliche Bedeutung dieser Abstimmung hat sich schon der letztjährige Verwaltungsbericht ausgesprochen.

Am 19. April wurde die neue Bundesverfassung angenommen mit 63,367 gegen 18,425 Stimmen. In der ganzen Eidgenossenschaft wurde sie angenommen mit 340,199 gegen 198,013 Stimmen und von 14½ gegen 7½ Ständen.

## Vertretung in den eidgenössischen Räthen.

Zu Ständeräthen für das Jahr 1874 wählte der Große Rath die Herren Fürsprecher Chr. Sahli in Bern und Gotthardbahndirektor Joh. Weber in Luzern. Nachdem der erstere seine Entlassung genommen, wurde für die letzte Session des Jahres an seine Stelle gewählt Herr Regierungspräsident Const. Bodenheimer.

## Großer Rath.

In das Jahr 1874 fällt die Gesammterneuerung des Großen Rathes, des Regierungsrathes und der Bezirksbeamteten. Die ersten 5 Monate dieses Jahres bilden den Schluß der VII., die letzten 7 Monate desselben den Anfang der VIII. Verwaltungsperiode seit dem Bestehen unserer gegenwärtigen Verfassung.

Schluß der VII. Verwaltungsperiode. Der abtretende Große Rath hielt 2 Sessionen mit 7 Sitzungstagen und behandelte folgende wichtigern Geschäfte:

Verkauf der Nordbastion der Kleinen Schanze in Bern;

Errichtung einer dritten Rettungsanstalt für Knaben im Schloß zu Erlach;

Genehmigung der militärischen Maßnahmen gegen die Ruhestörungen im Jura und Ermächtigung der Regierung zu allfälligen weitern Maßregeln zur Handhabung der öffentlichen Ordnung und des konfessionellen Friedens;

Empfehlung der neuen Bundesverfassung zur Annahme;

Dekrete über die Organisation der evangelisch-reformirten Kantonssynode und über die Besoldung der reformirten Geistlichen;

Ermächtigung des Regierungsrathes zu einem Vertrag über Errichtung einer eidgenössischen Montirwerkstätte in Bern;

Dekret über die Eintheilung der katholischen Kirchgemeinden.

Gesammterneuerung der Behörden. Gegen die Großrathswahlen langten wenige Einsprachen ein, die meisten wie gewohnt aus dem Jura. Trotz den vielfach vorgekommenen Unregelmäßigkeiten wurden die beanstandeten jurassischen Wahlen, im Interesse der Beruhigung des Jura, als gültig anerkannt; ebenso die übrigen angefochtenen Wahlen.

Zum Präsidenten wurde Herr Fürsprecher Zyro von Thun gewählt.

Der neue Große Rath wählte in seiner ersten Session den Regierungsrath und zwar die sämmtlichen bisherigen Mitglieder.

Ferner besetzte der Große Rath die 8 Stellen der im Austritt befindlichen Oberrichter, von welchen Herr Leibundgut altershalb die Entlassung verlangt und in ehrenvoller Weise erhalten hatte, sowie die durch den Tod des Herrn K. Teuscher erledigte Stelle. Neu wurden in die Behörde gewählt die Herren Generalprokurator Alfred Züricher und Gerichtspräsident Albert Zeerleder.

Auch wurden die Regierungsstatthalter und Gerichtspräsidenten für die neue Verwaltungsperiode gewählt und zwar meist nach dem ersten Volksvorschlage.

Anfang der VIII. Verwaltungsperiode. Der neue Große Rath hielt im Berichtjahre 3 Sessionen mit zusammen 13 Sitzungstagen und behandelte folgende wichtigern Gegenstände:

Verlegung des chemischen Laboratoriums der Hochschule in die Kavalleriekaserne;

Verkauf eines Stückes der Großen Schanze an die Jurabahngesellschaft zum Bau eines Verwaltungsgebäudes;

Dekret über Errichtung und Organisation einer katholisch-theologischen Fakultät an der Hochschule;

Ersetzung der Todesstrafe durch lebenslängliche Zuchthausstrafe in Folge der neuen Bundesverfassung;

Dekret über die Parcellarvermessungen im alten Kantonstheil;

Dekret über die Organisation der katholischen Synode;

Dekret über die Besoldung der katholischen Geistlichen;

Beschluß über die Betheiligung des Staates an dem Bau neuer Eisenbahnen;

Voranschlag für 1875—1878;

Abweisung verschiedener Beschwerden aus dem Jura.

## Regierungsrath.

Regierungspräsident bis zum Ende des Mai war Herr Regierungsrath Teuscher, von Anfang Brachmonats an Herr Regierungsrath Bodenheimer.

Im Jahr 1874 hielt der Regierungsrath 136 Sitzungen und behandelte in denselben 4540 Geschäfte. Im Manual und Missivenbuch füllen diese Verhandlungen zusammen 2188 Seiten. Die für alle Betheiligten, für den Regierungspräsidenten, für den Regierungsrath und seine Direktionen und deren Büreaux, für den Rathsschreiber und für die Staatskanzlei sehr fühlbare Vermehrung der Geschäfte ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Im Jahr | 1870 | wurden | behandelt | 3164 | Geschäfte. |
| " " | 1871 | " | " | 3519 | " |
| " " | 1872 | " | " | 3922 | " |
| " " | 1873 | " | " | 4081 | " |
| " " | 1874 | " | " | 4540 | " |

## Staatskanzlei.

Einnahmen Fr. 26,013 (Voranschlag: Erlös von Drucksachen Fr. 500, Emolumente Fr. 19,500), Ausgaben Fr. 69,665 (Voranschlag Fr. 57,500). Der Hauptbestandtheil der Ausgaben sind wie gewohnt die Druckkosten.

Der Durchschnittsertrag der Emolumente in den letzten 9 Jahren, d. h. seit dem Inkrafttreten des jetzigen Emolumententarifs, ist Fr. 24,770.

Amtsblattverwaltung. In Folge der Reorganisation der Finanzverwaltung fiel die Amtsblattverwaltung nebst der mit ihr verbundenen Papierhandlung des Staates als selbstständig organisirter Verwaltungszweig dahin. Durch

Beschluß vom 14. Weinmonat 1874 wurde nun vorläufig verfügt, daß die Papierhandlung beizubehalten sei und nebst der Amtsblattverwaltung eine Abtheilung der Staatskanzlei bilden und zunächst unter der Leitung des Redaktors der Großrathsverhandlungen stehen solle. Zugleich wurde beim Großen Rathe beantragt, es seien das deutsche und das französische Tagblatt der Großrathsverhandlungen in eine einzige Ausgabe zu vereinigen, in welcher die gehaltenen Reden nur in der Originalsprache wiedergegeben werden sollen. Der bezügliche Dekretsentwurf ist noch nicht berathen worden. Ein kurz darauf erlassener Anhang zum Kanzleireglement stellte die Obliegenheiten des Amtsblattververwalters fest, änderte die dem Dekret über die Organisation der Finanzverwaltung widersprechenden Bestimmungen dieses Reglements ab und bestimmte, daß die amtlichen Druckarbeiten von den betreffenden Behörden nach Mitgabe ihrer Kompetenz zu vergeben seien, und daß ihnen dabei ein von der Amtsblattverwaltung aufzustellender Tarif zur Richtschnur zu dienen habe.

Zahl der Amtsblattabonnenten (ohne die Behörden und Beamteten) 1141 (im Vorjahr 1154), worunter 538 auch auf das Tagblatt der Großrathsverhandlungen abonnirt haben.

| | |
|---|---|
| Reineinnahmen beider Amtsblätter zusammen | Fr. 43,505. 60 |
| Reinausgaben . . . . . | „ 29,530. 25 |
| Reinertrag | Fr. 13,975. 35 |

der höchste seit 18 Jahren. Die Vermehrung rührt wesentlich erstlich von der Erhöhung der Einrückungsgebühren und zweitens davon her, daß gewisse Veröffentlichungen, wie betreffend Expropriationen für Eisenbahnen, welche früher unentgeltlich aufgenommen worden, gebührpflichtig erklärt wurden.

Betrag der Papierlieferungen der Papierhandlung an die Behörden und Beamteten Fr. 43,329 (2643 Ries, 14 1/4 Buch), der höchste mit Ausnahme desjenigen im Vorjahre. Verwaltungskosten der Papierhandlung Fr. 2628. 75, Reingewinn Fr. 2293. 05.

## Postulate.

Der Staatsverwaltungsbericht für das Vorjahr wurde vom Großen Rathe am 30. Wintermonat 1874 berathen und in Betreff des Präsidialberichtes kein Postulat gestellt. Die in Betreff einzelner Direktionen gestellten Postulate werden hienach in den Spezialberichten dieser Direktionen zur Besprechung kommen.

Bern, Ende Januars 1875.

Der Regierungspräsident:

**Const. Bodenheimer.**